

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Morgenröthe 8, entgegen.
An Füllen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Verzögerung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Realamtteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwermeter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 144.

Dienstag, den 2. Dezember 1930.

33. Jahrg.

Am Beobachtungsstand.

Entsprangen die Ergebnisse des 14. Septembers wirklich nur einer Volksstimmung? Dann würden mit dem Auf und Ab solcher Stimmungen auch die Ergebnisse späterer Wahlen jedenfalls für die Nationalsozialisten ungewisser werden müssen. Statt dessen hat diese Partei bei den Gemeindevahlen in Baden und in Mecklenburg noch größere Erfolge erzielt als am 14. September, hat sogar noch Fortschritte gemacht in der Gunst der Wähler. Und diese Linie nach oben zeigt sich auch in mehreren bedeutenden Wahlergebnissen des Sonntags, als der Staat Bremen seine Bürgerpflicht neu bewies und in Viefelz kommunalpolitischen Entscheidungen dazu kamen die Wahlen zum Rübener Landesauschuss durch den Staat Lübeck. Das Charakteristische bei all den Wahlergebnissen des Sonntags war also wieder ein weiteres Steigen der nationalsozialistischen Stimmen, starke Rückgänge bei den Deutschen und namentlich bei den Mittelparteien, Verluste auch bei den Sozialdemokraten und einige Gebirne der Kommunisten. Außerdem ist besonders bemerkenswert der Sprung nach oben, den die Mandatsstiffer der Nationalsozialisten in Bremen gemacht hat; ihr Gewinn beträgt 30 Mandate, während sie bisher nur zwei hatten. In der Kampfsache halten sie sich ihre Stimmen aus den Kreisen der bisherigen Anhänger der Volks-, der Wirtschaft-, der Staats- und der Hausbesitzerparteien, von den Deutschen und von der Sozialdemokratischen Partei her, die zehn Mandate verlor, davon zwei an die Kommunisten. Die Nationalsozialisten haben jetzt fast soviel Mandate wie die übrigen nichtsozialdemokratischen Parteien zusammen und stehen nur um acht Mandate hinter der sozialdemokratischen Fraktionsstärke zurück. Dieser Bestand in Bremen die Regierung einer Großen Koalition, die an sich auch jetzt noch die Mehrheit hat, selbst dann, wenn die um 75 Prozent zurückgegangene Wirtschaftspartei nicht mehr mitmacht. Aber auch eine reine Koalition wäre selbst mit Unterstützung der Volkspartei nicht möglich.

Stillschließlich liegen auch keine Gründe vor, die geeignet wären, jene Stimmung des 14. Septembers nach einer anderen politischen Richtung hinüberzuwenden! Wenn die dieser „Stimmung“ damals wirtschaftliche Gründe von zweifellos wesentlicher Bedeutung waren, so ist die Arbeitslosigkeit in diesem noch beträchtlich gesunken und mit ihr der allgemeine Wirtschaftszustand auch nach der Preisabnahme immer noch in den Anfängen und hat bisher jedenfalls die an ihn von den Massen geknüpften Erwartungen nicht erfüllt; er blieb hinter den Wünschen noch weiter zurück. Und außenpolitisch ist das nationale Interesse Deutschlands gleichfalls wieder einigen harten Stößen ausgesetzt worden, ohne daß es gelang, diese wünschenswerten parieren zu können. Man braucht ja nur die beiden Worte „Faschismus“ und „Polen“ auszusprechen!

Vor kurzem hat Dr. Brüning den melancholischen Satz geäußert, daß die Regierung den Mut haben müßte, einige Monate hindurch unpopulär zu sein. Im Reichstag jedenfalls ist es zur Genüge und der Grad ihrer dortigen Unpopularität wird natürlich durch die Wahlergebnisse des Sonntags eher noch etwas höher gestiegen sein. Die Prozent aus dem Stempel werden dort ja nun sehr bald gemacht werden. Da sind — um von dem weniger wichtigen zuerst zu sprechen — die Notverordnungen von Juli d. J., die ja eingehend beraten wurden, ohne daß es aber zu einer Einigung über die zahlreichen Änderungsanträge kam. Infolgedessen würde es für die einzelnen Anträge auch keine Mehrheit im Reichstag geben. In gewisser Abänderung der damaligen Bestimmungen hat die Reichsregierung selbst entschieden und sie dürfte diese Entscheidung durch den Erfolg entsprechender neuer Notverordnungen praktisch anscheinend geben. Nach vorübergehender dem Reichstag erfolgt aber nun auch die Veröffentlichung der dritten, sehr langen Kolonne von Notverordnungen, nämlich der über die Finanz- und Steuerreformgesetz, wie sie der Reichstag beschloß, aber allerdings auch hier mit einigen Ausnahmen. Kolonne 2 und Kolonne 3 werden natürlich gleich dem Reichstag zugeführt und es werden schon bei den Nationalsozialisten und den Kommunisten die Anträge vorbereitet, diese Kolonnen von der parlamentarischen Erde zu vertilgen, also die Notverordnungen wieder aufzuheben. Dann dürfte sich das Spiel der letzten Oktoberwoche im Reichstag wiederholen, weil die Sozialdemokraten entschlossen zu sein scheinen gerade wie damals die Angriffe der radikalen Flügelparteien auf die Regierung Brüning nicht mitzu-

machen, besonders da ja einigen Abänderungswünschen der Sozialdemokratie hinsichtlich des Aussehens der Kolonne 1, also der Notverordnungen vom Juli, durch Zuzugewinnung der Kolonne 2 Rechnung getragen werden soll.

So ziehen von hüten wie drüben die Truppen auf das parlamentarische Schlachtfeld und in den nächsten Tagen wird aus dem Haus am Platz der Republik ein wildes Waffengeklirr und ein lautes Kampfgetöse heraufschallen.

Die neue Notverordnung.

Der Reichstag beschloß das Reichstagsabstimmungs-Gesetz. Das Reichstagsabstimmungs-Gesetz ist ein Gesetz, das sich von Sonntag bis Montag früh 4 Uhr hinzieht, den Reichstag, dem Reichspräsidenten zu empfehlen. Die Finanzverwaltung dienenden Gesetze durch Verordnung nach Artikel 48 der Verfassung in Kraft zu setzen. Alle rechtlichen Fragen wurden eingehend geprüft. Reichstagspräsident Brüning legte das größte Gewicht darauf, daß das Sanierungsverbot ein geschlossenes Ganzes sei, aus dem keine Einzelbestimmung herausgenommen werden könne, ohne nicht das Gesamtgesetz zu gefährden. Aus diesem Grunde hat man alle Bestimmungen, zum Teil unter Abänderung ihres ursprünglichen verfassungsändernden Charakters, in die neuen Notverordnungen mit aufgenommen. Dies dürfte auch von dem sogenannten Sachverhalt gelten.

Über die Fragen des Steuervereinfachungsgesetzes und des Verordnungsabstimmungs-Gesetzes — beides Verordnungen, die in erster Linie die Haushalte der Länder betreffen und der Sache nach verfassungsgemäß ändern den Charakter tragen — wird der Reichstagspräsident sofort mit den nach Berlin berufenen Ministerpräsidenten der Länder beraten.

Der Kanzler befragt den Reichspräsidenten.

Unterbreifen begibt sich Reichstagspräsident Dr. Brüning zum Reichspräsidenten, um in Ausführung der Kabinettsbeschlüsse von ihm die Unterfertigung der Notverordnung zu erbitten. Die Veröffentlichung der neuen Notverordnung, die ein umfangreiches fürstbündiges Werk darstellt, soll in allerfrühesten, nur auf Stunden bemessener Frist erfolgen. Sie enthält 25 von den erst in Aussicht genommenen Gesetzen. Sie hat sich um die drei Gesetze, die verfassungsändernden Charakter tragen, vermindert, da Bedenken der Regierung abmilderten, auch diese mit Hilfe des Paragraphen 48 ins Leben zu rufen. Es handelt sich um den Finanzansatzgleich zwischen Reich und Ländern, das Gesetz zur Begrenzung des Aufwandes in den Ländern und Gemeinden (dazu gehört das Besoldungsgesetz) und das „Waffen-Gesetz, das Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet, sich nach der Decke zu richten, das heißt, während der nächsten drei Jahre sich in den Grenzen des für 1931 festgelegten Etats zu halten. Das Gesetz betrifft nur die Länder, während für das Reich die gleiche Verpflichtung schon festgelegt wird. Das Gehaltsgesetz für die Beamten wird seines verfassungsändernden Charakters entkleidet, die Notverordnung entfallen.

Minderungen der alten Notverordnung.

Mit der jetzigen Notverordnung werden Änderungen der Notverordnung vom Juli bekanntgegeben werden, die sich auf den Krankenbeitrag, die Bürgersteuer und auf die Einkünfteerhebungen bei der Arbeitslosenversicherung beziehen. Die Krankenbeitraggebühr soll für Erwerbslose, Unterhaltungsbeschäftigte und für Schwerkranken herabgesetzt werden, von der Bürgersteuer sollen außer den Arbeitlosen und Unterhaltungsbeschäftigten auch die Sozial- und Kleinrentner befreit werden sowie alle Personen, die nicht ein eigenes Einkommen haben. Außerdem soll sie nach dem Einkommen gestaffelt werden. Diese Änderungen sind der Ansicht der Verhandlungen des Kanzlers mit den Führern der Sozialdemokratie, die unter diesen Voraussetzungen bereit sein soll, der neuen Notverordnung im Reichstag nicht zu widersprechen. Würde sich also im Reichstag dann eine Mehrheit für den Willen der Reichsregierung aussprechen, so ginge die Notverordnung, welcher der Reichsrat bereits zugestimmt hat, zunächst an den Haushaltsauschuss, träte aber unverzüglich in Wirksamkeit.

Anträge auf Wiederaufhebung der zu erlassenden Notverordnungen sind bisher von den Kommunisten und Nationalsozialisten angebracht. Es ist damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten gegen die Anträge stimmen werden.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich bieten bereits mit zahlreichen in Berlin eingetroffenen Länderministern und den wirtschaftlichen Sachverständigen des Reichsrates eine vertrauliche Besprechung über die gesamten Finanzfragen ab.

Dingeldey Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

Dr. Scholz Ehrenvorsitzender. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei beschloß ein neues Organisationsstatut. Der Grundgedanke der neuen Statuten besteht in einer stärkeren Zusammenfassung der Kräfte durch Stärkung der Bekämpfung des Parteivorstandes. Die Stellung des Parteiführers ist besonders herausgehoben, um dem Führergedanken zu entsprechen. Ein Stellvertreter des Parteiführers kann von ihm im Einverständnis mit dem Parteivorstand bestellt werden. Die neue Satzung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auf Vorschlag des Geheimrats Rast wählte der Zentralvorstand einstimmig ohne Gegenwärtigkeit durch Zuzug der Abgeordneten Reichstagsabstimmungs Dingeldey zum ersten Parteivorstand. Dingeldey nahm die Wahl an. Er erklärte, sein erstes Bedenken gelte dem großen Gelingen der Partei, Streikeman, in dessen Geiste er arbeiten und kämpfen wolle. In beider Worten gedachte Dingeldey des zurückgetretenen Parteivorstandes. Dr. Scholz, dem die Partei unverwundlich verbunden bleibe und der stets der loyale Partner Streikemanns gewesen sei.

Der Zentralvorstand ernannte Dr. Scholz zum Ehrenvorsitzenden der Partei und sandte ihm ein in herzlichen Worten gehaltenes Begrüßungs- und Dankschreiben nach Weimar.

Volkspartei und Regierung Brüning.

Rebe des neuen Vorsitzenden Dingeldey. Der neue Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, zeichnete in seiner Rede vor dem Zentralvorstand zunächst ein schwarzes Bild von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und zitierte das Wort eines Wirtschaftsführers von der unersättlichen Bewegung des deutschen Vaterlandes durch die fortschreitende Verschuldung an das Ausland. In solcher Lage hänge alles von der Entschlossenheit der Staatsführung ab. Es gebe jetzt gar keinen anderen Weg, als mit Herz und ungetrübter Entschlossenheit die Reformen durchzuführen, die uns wachführen von dem verhängnisvollen Abweg, den Staat und Wirtschaft in Laufe der Jahre genommen hätten. Die Erkenntnis, daß die Ursachen der gegenwärtigen Lage in Deutschland das überwuchern sozialistischer Ideen im Staatsvertriebe und das Eindringen sozialistischer Gedanken in weite Schichten des Bürgertums seien, zwingt zu der Schlussfolgerung, daß der Weg der Reformen selbstverwundlich sich nicht finden könne auf die Träger dieser sozialistischen Gedanken. Sicherlich ist das Programm der Regierung Brüning noch unvollkommen, aber es ist das einzige klare Aktionsprogramm, das vorliegt und für das sich die Regierungsbürokratie einsetzt. Die Deutsche Volkspartei kann der Regierung aber in diesem Augenblick nicht deshalb in den Arm fallen, weil die Sozialdemokratie ihr Hilfsleistung gewährt hat. Ein Programm verliert deshalb nicht die Unterfertigungswürdigkeit, weil andere aus tragwichtigen Motiven heraus dieser Regierung ebenfalls ihre Unterstützung leisten.

Zur nationalsozialistischen Bewegung. Zur nationalsozialistischen Bewegung, die die Bewegung mit heimlichen Politikmaßnahmen zu Ziele zu gehen. Die Folge solcher Maßnahmen ist eine weitere Förderung der Radikalisierung und die Erziehung zur Staatsfeindschaft. Von größter Gefahr sei aber die Verdrängung der sozialistischen Gedanken mit dem nationalsozialistischen Gedanken. Man frage sich vergeblich, wo bei den Nationalsozialisten die klare Herausarbeitung staatspolitischer, aufbauender Gedankenlage liege. Es sei die Aufgabe der Staatsführung und einer Partei wie der Deutschen Volkspartei, die Kräfte, die aus dieser Bewegung staatspolitisch aufbauend eingesetzt werden könnten, herauszuheben. Die Deutsche Volkspartei lehne es nicht für alle Zeiten ab, Bündnisse nach der einen oder anderen Seite zu schließen, sie wolle aber auch nicht, daß in der Entscheidung der nationalsozialistischen Bewegung die Deutsche Volkspartei den verhängnisvollen Weg der Deutschnationalen, gebe, bei denen man nicht mehr wisse, was dem eigentlich die eigene Zielverwirklichung noch bedeute, jenen Weg, auf dem man sich selbst nicht mehr aus dem Blick verliere, daß die nationalsozialistische Bewegung über einen hinwegwachen könne.

Zerstückelung im Einzelhandel.

Berlin. Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin, der auch die Kaufhäuser umfaßt, hat den Tarif für die Berliner Angestellten zum 31. Dezember wegen Zerstückelung der ausbleibenden Tarifgespräche gekündigt. Von der Kündigung werden etwa 40.000 Angestellte betroffen.

Ein Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Der Reichsverwesner über das Abrüstungsproblem.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichsverwesner Graf v. Helldorf über das Abrüstungsproblem u. a. wie folgt: Heute wird in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben als vor dem Kriege. Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben allein 11 Milliarden ausgegeben. Unter den Augen der internationalen Kontrollkommission ist die uns auferlegte Entlastung reiflos durchgeführt worden. Deutschland ist das einzige Land, dem eine Entmilitarisierung der Grenze aufgezwungen worden ist. Was ist nun aus der im Versailles Vertrag und in der Völkervereinbarung verbriefen Abrüstung

verbriefen Abrüstung

gemorden? Die Regierungen einzelner Länder erfinden immer neue Vorwände, um weiter aufzurufen und die Abrüstung zu sabotieren. Seitdem die Völkervereinbarung in Kraft getreten ist, hat Deutschland entgegen dem Vertrag mancher Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen, ohne zu sagen, worin diese eigentlich bestehen. Man führt als Beweis den hohen Wehretat an, obwohl uns im Versailles Vertrag das tierische Wehresystem aufgegeben worden ist. Während Deutschland seine Aufgaben für die Landesverteidigung herabgesetzt hat, weisen die Rüstungsausgaben der Nachbarländer eine starke Steigerung auf. Frankreich hat im letzten Jahr dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet als Deutschland. Wenn Frankreich unter diesen Umständen die Abrüstung beginnt, so bedeutet das den

Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Dem unerrätlichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Abrüstungskonferenz in Wien?

Angesichts im Februar 1932.

In den Kreisen des Abrüstungsausschusses in Genf wird derzeit die Einberufung der großen Abrüstungskonferenz nach Wien erwogen. Man nimmt an, daß der Völkerbund auf der Samartagung die Abrüstungskonferenz zum 1. Februar 1932 einberufen wird. Die Konferenz soll bis Mitte des Sommers arbeiten und sich jedoch verlagern, um im Herbst zum zweiten Tagungsabschnitt zusammenzutreten. Die alljährlich im September stattfindende Vollversammlung des Völkerbundes soll unter diesen Umständen entweder gänzlich fallen oder von kürzerer Dauer sein, da man mit der Teilnahme der Ministerpräsidenten und Außenminister fast aller Mächte an der Abrüstungskonferenz rechnet.

Die Konferenz dürfte die größte aller bisherigen internationalen Konferenzen werden, da etwa 60 Staaten mit Vorkonferenzen von je 50 bis 60 Personen vertreten sein werden. Im Hinblick darauf besteht in Genf die Überzeugung, daß eine Abhaltung der Konferenz infolge der Naheverhältnisse in Genf nicht möglich sein wird. Aus allgemeinen politischen Gründen kommen Saupfände der europäischen Großmächte für die Abhaltung der Abrüstungskonferenz nicht in Frage. Der ganze Plan sieht jedoch zunächst nach ein Schicksal von veränderlichen Seiten.

Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Am Sonntag fanden in Bremer Staatsgebiet — Bremen, Bremerhaven, Vegesack — die Bürgerchaftswahlen statt. Die 120 Sitze verteilten sich bisher auf 60 Parteien (10 Kommunisten und 50 Sozialdemokraten) und 60 Bürgerliche. Der Senat bestand aus sieben bürgerlichen und fünf sozialdemokratischen Senatoren. Die Wahlen, bei denen wieder für Männer und Frauen getrennt abgestimmt wurde, sind ruhig verlaufen.

Die Wahlbeteiligung betrug, nach der bisherigen Feststellung, in den Bezirken Bremerhaven und Vegesack 80 Prozent.

In Bremen-Stadt hatten die Bürgerchaftswahlen folgendes Ergebnis: (in Klammern die Stimmen der letzten Reichstagswahlen): S. P. D. 55 807 (62 456), D. R. P. 9009 (12 045), Zentrum 4238 (4816), Kommunisten 19 798 (23 498), D. R. P. 22 756 (33 517), Staatspartei 6685 (11 502), Wirtschaftspartei 3362 (7482), Haus- und Grundbesitz 8730 (6659), Nationalsozialisten 45 705 (22 032), Konservativ Volkspartei 1894 (7267), Christlichsozialer Volksdienst (1389 (1559), Komm. Opposition 799 (—).

Die Mandate verteilten sich wie folgt: S. P. D. 31, Dtn. 6, Zentrum 3, Komm. 11, Sozialist. 13, Staatsp. 4, Wirtschaftspartei 2, Haus- und Grundbesitz 5, Nationalist. 26, konserv. Volksp. keine Änderungen sind noch möglich.

Gesamtergebnis in Bremerhaven: S. P. D. 3974 (5847), Mandate 3 (4); Nationale Einheitsliste 1820 (2095), 1 (4); Demokraten und Zentrum 1121 (404), 1 (1); Kommunisten 1349 (1617), 1 (—); Deutsche Volkspartei 1215 (969), 1 (—); Nationalsozialisten 1 622 (2632), — (—); Nationalsozialisten II 2214 (—), 2 (—).

Wahlsergebnisse aus Vegesack: S. P. D. 590 Stimmen, (1 Mandat), Wirtschaftspartei 1927 1, Reichstagswahl 1930 678; Kommunisten 184, (—), (280); Nationalsozialisten 729, (1), (438); Vegesacker Gemeindefraktion 444, (—); Bürgerliche Liste für Allgemeinwohl 442, (—), (1), (1294).

Ein blutiger Zwischenfall muß vermerkt werden. Ein Feldwebel, der bei einem Hundung mit einem Agitator des Reichsbanners in Streit geraten war, verletzte diesen durch einen Schuß aus der Dienstpistole.

Die Wahlen in Bielefeld.

In Bielefeld fanden am Sonntag die Wahlen für das Stadtparlament und den Kreisrat Bielefeld-Land statt. Infolge der Eingemeindung der Vororte hat sich das Stadtparlament von 46 auf 50 Sitze erweitert, während die Stipendial im Kreisrat ebenfalls infolge der Eingemeindung von 28 auf 25 zurückgegangen ist.

Die Gemeinderatswahlen in Bielefeld haben folgende Ergebnisse gezeigt (die Ziffern der Reichstagswahl vom 14. September 1930 in Klammern): S. P. D. 29 871 (32 000), Deutsche Nationalen 3134 (3500), Zentrum 3122 (3350), Kommunisten 4068 (4750), Deutsche Volkspartei,

Konservative Vorkonferenz und Volkskonservative Reichsbewegung zus. 4291 (6300 D. R. P., 1500 konserv. S. P.), Staatspartei 1175 (3100), Wirtschaftspartei 5834 (6100), Nationalsozialisten 17 029 (11 600), Evang. Volksdienst 3906 (3400), Einheitsliste, die diesmal zum ersten Male auf dem Platz erschienen ist, 974.

Die Zahl der Wähler ist noch nicht errechnet, auch die Ergebnisse der Kreisratswahl stehen noch aus.

Wahlen in den oldenburgischen Landesteilen Lübeck.

Am Sonntag fanden die Wahlen für den Landesauschuss des oldenburgischen Landesteiles Lübeck statt. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 85 Prozent. Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Nach Cuxin war ein verstärktes Polizeiaufgebot unter Hinzuziehung von Söldnern aus Bad Schmarum herangezogen. Für den Landesauschuss des oldenburgischen Landesteiles Lübeck wurden folgende Stimmengruppen abgegeben: Bürgerliche 4148, Legal 1927 322, Reichstagswahl 1930 8285; Nationalist. 8484, (—), 7559; Soj. 8610, (8484, (9766); Komm. 1354, (869), (1724).

Preisenkungen bei der Reichsbahn.

Zellulose, Lebensmittel- und Rohmaterialie. In den Preisenkungenverhandlungen zwischen Reichsbahn und Reichsbahn ist über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahnarten Übereinstimmung erzielt worden. So werden die Preise der Arbeiterwohnenarten, Sargarbeiterwohnenarten, Monats- und Teilmonatsarten sowie Schülermonatsarten gesenkt. Der Vorratserhalt fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen, nicht hierunter.

Im Güterverkehr wird die Versorgung der Bevölkerung, mit wichtigen Lebensmitteln rasch erleichtert, u. a. werden für Kartoffeln nun auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt, desgleichen für Getreide, Mehl und Qualitätsweizen. Entgegen seiner früheren Ansicht für die Preisfestsetzung der Bevölkerung wird auch der Eiermarkt gesenkt. Für alle bereits im Vorrat enthaltenen Lebensmittel wird eine Ermäßigung für Fein- und Zehn-Zentner-Abgaben gerätet. Zur Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten wird auch eine Reihe von Dämmgütern in die Frachtkategorie einbezogen. Im Rohlenverkehr werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt. Diese gelten ab 1. Dezember, die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt, sobald die mit ihrer Einführung verbundenen Arbeiten abgeschlossen sind.

Alles einheitlich gegen Polens Gewalttat.

Die gesamte Bevölkerung Oberschlesiens demonstriert einmütig gegen den polnischen Überfall. Man fordert für die deutschen Stammesbrüder in Oberschlesien ausreichende Sicherungen gegen die Wiederholung solcher Grenzverletzungen, wie sie die deutsche Öffentlichkeit immerfort seit langem erregt.

Bei der Kleinrigen Kundgebung erklärte der frühere Abstammungskommissionar, Reichsanwalt Raffanot: Nicht Moral und Recht, sondern Gewalt und Rechtsbeugung hätten an der Wunde des abgetrennten Oberschlesiens die Ursache gelegen. Hierfür ist durch den Genfer Spruch haftbar gemacht worden, ein Feuerherd, der durch Revision der Genfer Entscheidung zum Glühstein gebracht werden müsse.

In Kattow und auch in Oppeln waren unter anderem großer Beteiligung aus allen Bevölkerungsteilen ähnliche Protestkundgebungen abgehalten worden. In allen drei Orten sind Entschlüsse in dem Sinne der Neben angenommen worden.

Das Kabinett Vaugin zurückgetreten.

Landeshauptmann Dr. Ender mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Bundeskanzler Vaugin hat dem Bundespräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Bundespräsident hat den Rücktritt genehmigt und dem Kabinett die einheitliche Weiterführung der Geschäfte übertragen. Mit der Kabinettsbildung wurde der Bayerischer Landeshauptmann Dr. Ender betraut, der sich bereit erklärt hat, diese Mission zu übernehmen. Dr. Otto Ender gehört der Christlichsozialen Partei an.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsches Eigentum in Maroko.

Die marokkanische Regierung hat nunmehr sämtliches ehemals deutsches Eigentum endgültig beschlagnahmt, soweit es nicht bis zum 17. November an von der französischen Regierung anerkannte Käufer abgetreten worden ist. Im Young-Plan ist vorgesehen, daß die französische Regierung den Besitzern ehemals deutsches Eigentums in Marokko ihr Bestreben zur Verfügung stellt und ihnen eine Frist von sechs Monaten gewährt, um diesen Besitz zu verkaufen. In Rabat glaubt man nicht, daß es den Deutschen gelungen ist, ihr Eigentum loszuwerden. Man nimmt jedoch an, daß die Deutschen der französischen Regierung Reklamationen auf ihr Eigentum namhaft gemacht haben. Frankreich scheint diese Verlängerung des Abkommens über sechs Monate hinaus abgeben zu haben. Gründung einer Arabischen Nationalpartei.

In Kassel fand die Gründungsversammlung der „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ statt. Nach einer Auseinandersetzung über die Formalitäten der Gründung wurde schließlich das „Institut einer eigenen Partei unter dem Namen „Nationaldemokratische Partei“ beschlossen. Die Vorstandswahlen nahmen längere Zeit in Anspruch. Dr. Professor Luidde die Wahl ablehnte, wurde Reichsanwalt Braunschweig-Berlin zum Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter wurden Viktor Hübner-Frankfurt a. M., der bayerische Jungdemokratenführer Stundt und der Führer der weisbachischen radikalen Demokraten, Freiburger, bestimmt; als Beisitzer wählte man Prof. Luidde, Leonhardt-Kiel, Berner Burmeister, Carlberg und Julie Meyer; außerdem wurde ein Parteiausgang gewählt, dem u. a. Generalmajor a. D. von Schönwald angehört.

Stadt Danzig.

Schwierige finanzielle Lage.

Finanzsenator Dr. Kamnitzer machte Mitteilungen über die Aussätze, die sich für das laufende Jahr voraussichtlich ergeben werden. Es handelt sich dabei um drei Posten, und zwar die Zollentnahmen, die Erwerbslosenfürsorge, sowie die Steuer. Bei den Zollentnahmen werden die Einnahmen, die man auf 19,5 Mill. Gulden geschätzt hatte, voraussichtlich nur etwa 14 Millionen einbringen. Bei der Erwerbslosenfürsorge dürfte ein Mehrverbrauch von zwei Millionen Gulden nicht zu hoch gegriffen sein. Die Aussätze sind dem direkten und indirekten Steuern endlich bezifferter der Finanzen auf rund 1 1/2 Millionen Gulden. Insgesamt würde der Staat Danzig mit einem Einnahmehausfall von rund 9 Millionen Gulden zu rechnen haben.

Griechenland.

Deutsche Schulen in Gefahr.

Der Kultusminister hat erneut die allerhöchsten Maßnahmen gegen die fremden Schulen angeordnet und gleichzeitig erklärt, daß das Schulgesetz von der Griechischen Kammer noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll. Die deutschen Schulen in Athen und Saloniki sind dadurch in ernstlicher Gefahr. Sollte das Schulgesetz wirklich ohne Rücksicht durchgeführt werden, so müßte das Aufsehen in Deutschland erregen.

Nordamerika.

Nachlässe der Einwanderung.

Das Staatsdepartement in Washington veröffentlichte eine Statistik über die Einwanderung in die Vereinigten Staaten, aus der hervorgeht, daß die Länder ihre Quoten im gegenwärtigen Steuerjahr bisher nicht erschöpfen haben und daß mit einem Minus von mindestens 15 000 Einwohnern zu rechnen ist, falls die gegenwärtige Lage in der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten anhält.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahnpost, Dr. Dornpmüller, hat sich mit einigen Herren der Reichsbahnpostverwaltung in Paris begeben, um dort an dem vom 1. bis 3. Dezember stattfindenden Erdbühnenkongress des Gesellschaftsausschusses des Internationalen Eisenbahnverbandes teilzunehmen.

Berlin. Der Satz für die Verrechnung des inländischen Weizens ist auf 3 Prozent für die Monate Dezember und Januar festgesetzt worden.

Juidau. Der Bergbauverein in Juidau hat den Angehörigen ebenfalls eine Sitzung des Lokaltarifs am 31. Dezember festgesetzt.

Buenos Aires. Der argentinische Präsident von Argentinien, Dr. Rigodon, und sein Innenminister Dr. Gonzalez, die bisher an Bord eines Kriegsschiffes auf dem La-Plata-Fluß angehalten wurden, sind jetzt in das Marinedepot auf der Insel Martin Garcia übergeführt worden.

Buenos Aires. Nach einer amtlichen Mitteilung der Sowjetunion wurde in Moskau, der Hauptstadt der Sowjetrepublik, eine große Verschwörung entdeckt, die unter der Führung des Altkameristen Kalitowski gefaßt worden sei.

Buenos Aires. Außenminister Litwinow betonte in seinem Bericht vor dem Rat der Volkskommission der Sowjetunion, daß besonders seine Verhandlungen mit Grandi als Grundstein einer neuen Sowjetpolitik auf dem Balkan in der Mittel- und Ost-Europa zu bezeichnen seien. Der Rat der Volkskommission nahm im Bericht zur Kenntnis und sprach dem Außenminister das Vertrauen aus.

Otto Bornemann zurückgetreten.

Vom Kassenrat des Jungdeutschen Ordens.

Das Blatt der Jungdeutschen veröffentlichte eine Erklärung des Großmeisters Arthur Mahraun, nach der der Reichstagsabgeordnete Otto Bornemann auf seinen Antrag hin vom Kassieren des Ordens zurückgetreten sei. Der Kassierer der Großdeutschen Weiskalen, Kitter, ist mit der Erfüllung der Aufgaben im Ordensamt beauftragt worden.

Kartoffelpreise und

Transportarbeiterlöhne.

Die Handelsspanne im Kartoffelhandel. In der Begründung, die der Reichsausschuss in der Aufhebung der Allgemeinen Arbeitsbeschränkungen für gewerbliche Arbeitnehmer im Kartoffelhandel geltenden Tarifverträge mitteilt, macht er folgende Ausführungen über das Infanterdelommen der Spanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen für Kartoffeln:

Die im Kartoffelhandel geltenden allgemeinen verbindlichen Tarifhöhen belaufen sich in Berlin auf wöchentlich 78 und 88 Mark. Zu diesen Löhnen kommt während des Saisongeschäftes ein Zuschlag von 700 Mark, so daß sich Löhne von 85 und 158 Mark ergeben. Der Durchschnittsarbeiter bezieht einen Stundenlohn von 1,60 Mark, also einen Wochenlohn von 76,80 Mark. Diese Löhne sind selbst im Rahmen des verhältnismäßig gut entlohnten Transport- und Expeditionsdienstes als ungenügend anzuspüren. Dazu kommt, daß sie für den Markt eines Lebensmittels angewendet sind, das eine der wichtigsten Grundlagen der Ernährung des gesamten Volkes darstellt. Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis für Kartoffeln ist zweifellos durch die Lokalkosten mit verursacht. Es kann nicht mehr vertreten werden, diese Löhne im Wege des attraktiven Zwanges der Allgemeinverbindlichkeit für den ganzen Berufsstand festzusetzen und so einer Reihe von Gruppen von Arbeitnehmern Arbeitsbeschränkungen zu sichern, die eine Sonderstellung gegenüber und auf Kosten der übrigen Arbeitnehmerhaftung bedeuten.

Werte Unstanzwerte des Kreuzes „Ender“.

Wilsenhausen. Zum vierten Male hat Wilsenhausen ein Schullehrer „Ender“ zur Auslandsreise verabschiedet. Auf die Reise nach Paris, um die Verhandlungen mit einer großen Versammlung aus der Abordnung der Marine-Intendanten nicht belegen. Als Vertreter des Geistes der Marineleitung sprach der Geistes der Marineleitung, Kommandant Ziegen, der auf dem Rückwege angereicherter Bekleidung die offizielle Abschiedsworte. Nachdem die Abreise mit dem Bord gegangen war, warf die „Ender“ die Leine los und fuhr dem nächsten Hafen Bilo zu, wo sie in den nächsten Tagen mit dem Südbamerla heimkehrenden Kreuzer „Karlstrube“ zusammentrifft.

Schlechte Zeiten.

Der November in Gewerbe und Handel.
Die Wirtschaftslage ist nach den Monatsberichten der preussischen Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Handelsvereins- und Gewerbelammergebietes fast in allen Zweigen schlechter. In der Weltwirtschaft verfestigte sich die Lage noch weiter, besonders in Amerika. Auch in Frankreich treten Anzeichen sinkender Konjunktur in stärkerer Maße hervor. In Mitteleuropa zeigte sich der Konjunkturabwärtsweg fort. Die Finanzpolitik Deutschlands wird überall mit Aufmerksamkeit verfolgt, und auch jene Preissteigerungsliste findet Nachahmung. In der Börse herrschte ungewöhnliche Zurückhaltung. Der Eingang des internationalen Überweisungsgeldes hat dem Geldmarkt keine merkliche Erleichterung bringen können.

Feuer auf „Do X“.

Ein Hügel beschädigt. — Tropdem Oceanflug.
Auf dem deutschen Flugfließ „Do X“, das seit einigen Tagen auf dem Tejo in Lifabon vor Anker liegt und am Sonntag nach Cadix fliegen sollte, brach ein Brand aus, durch den einer der Hügel des „Do X“ zerstört wurde. Das Feuer war so heftig, daß man zuerst den Einbruch dachte, als ob das ganze riesige Flugfließ in Brand fände. Aber nur die empfindliche Verklebung am linken Flügel war in Brand geraten. Dieser Teil ist verbraucht, so daß von ihm nur noch das Gerippe übriggeblieben ist. Der übrige Teil des Flugfließes blieb dank der Aufmerksamkeit der Besatzung unbeschädigt.

Der Flug wird nach Ausbesserung der Schäden fortgesetzt werden. Der Unfall hat auf den geplanten Oceanflug keinerlei Einfluß.

Wie ein Vertreter der Dornier-Werke mitteilt, ist die Ursache des Brandes im linken Flügel des „Do X“ darin zu suchen, daß in einem Motor im Hilfsmaschinenraum beim Aufladen der Batterien Kurzschluß entstanden.

In vier Wochen flugbereit.

Der Brand auf „Do X“.

Das deutsche Flugfließ „Do X“, dessen Weg mit allgemeiner Aufmerksamkeit begleitet wird, erlitt durch den Brand zwar gewisse Schäden, doch sind die Arbeiten schon derzeit energisch aufgenommen worden, daß die Reparatur in etwa drei Wochen fertiggestellt sein dürfte. Man rechnet mit dem Weiterflug in etwa vier Wochen. Außer dem linken Flügel ist nichts beschädigt. Die Verklebung des Flugfließes wartet in Lifabon auf die Fortsetzung des Fluges.

Ein Lloyd-Dampfer in Flammen.

In schwerer Seenot.

Auf dem 6000 Tonnen großen Lloyd-Dampfer „Sub-Wiala“ ist ein Brand ausgebrochen. Der bei Kap Wiala im Golf von Panama dremende Dampfer befindet sich in schwerer Seenot.

Englischer Bergarbeiterstreik droht.

Ein greifen der Regierung.

In der englischen Kohlenindustrie ist ziemlich unruhmant eine heftige Krise entstanden. Die Arbeiter drohen mit einem großen Streik. Auf einer Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter wurden die Anträge der Unternehmer, in Wohnungen eine längere als 7 1/2 stündige Arbeitszeit in den Eruben durchzuführen, abgelehnt.

Die Regierung bemüht sich mit allen Kräften, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Der Bergarbeiterverband hat darauf seine heftige Ablehnung, einschließlich juristisch, und die Entscheidung bis nächsten Donnerstag verweigert, um inzwischen mit den Industrieführern zu verhandeln. Dann erst soll die Entscheidung fallen.

92000 Bergarbeiter streiken.

London. Die Gefahr eines Kohlenarbeiterstreiks in ganz England scheint für den Augenblick beseitigt zu sein. Nur in Schottland befinden sich 92000 Bergarbeiter nach Abbruch der einschlägigen Verhandlungen mit den Grubenbesitzern im Ausstand.

Eisenbahnunfall in München.

40 Verletzte.

Ein aus Langreith kommender Personenzug ist bei der Einfahrt in den Söllgrüner Bahnhof in München auf den beweglichen Weichen aufgefahren. Von den Reisenden, die zum Absteigen vorbereitet waren und zum Teil schon auf den Trittbrettern standen, erlitten 40 geringfügige Verletzungen, größtenteils Prellungen. Die Ursache des Unfalls wird eine sofort eingeleitete Untersuchung klären.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Olsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	1. 12. 29. 11.	1. 12. 29. 11.
Weiz., mirt.	252-253	249-250
Haar., mirt.	149-151	147-149
Bräugetre.	194-216	194-216
Wintergerste	178-185	178-185
Sommergerste	—	—
Wintererbsen	—	—
Safer, mirt.	187-192	187-192
Wintererbsen	—	—
Reisennsch.	—	—
p. 100 kg fr.	—	—
Pr. br. inf.	—	—
Sad (einf.)	—	—
Pr. f. Bot.	29,2-29,7	29,0-29,7
Reisennsch.	—	—
p. 100 kg fr.	—	—
Pr. br. inf.	—	—
Sad	23,6-26,5	23,5-26,5

	1. 12. 29. 11.	1. 12. 29. 11.
Sojettl. f. Wn.	5,7-9,2	5,6-9,0
Sojettl. f. Wn.	8,2-8,7	8,3-8,7
Raps	—	—
Leinöl	24,0-21,0	24,0-21,0
Bl. Speiseöl	23,0-25,0	23,0-25,0
Rapsöl	19,0-21,0	19,0-21,0
Leinöl	19,0-20,0	19,0-20,0
Videobohnen	17,0-18,0	17,0-18,0
Widen	17,0-20,0	17,0-20,0
Wapn. blanc	—	—
Wapn. gelbe	—	—
Cerada	—	—
Rapsöl	8,7-9,7	8,7-9,7
Leinöl	15,0-16,3	15,0-16,3
Erbsenöl	5,4-5,9	5,4-5,9
Sohn-Öl	18,2-18,5	18,2-18,6
Forml. 30/70	—	—
Kartoffelöl	—	—

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung,

betreffend die Strafreinigung in den Landgemeinden des Regierungsbezirks Merseburg.

Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.S. S. 295) in Verbindung mit den §§ 137, 139, 140 RStG, vom 30. Juli 1888 (G.S. S. 195), der §§ 1 und 5 des Gesetzes über die Reinigung der öffentlichen Wege vom 1. Juli 1912 (G.S. S. 187) und der Verordnung über Vermögensstrafen und -bußen vom 6. Februar 1924 (RStG. S. 44) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Merseburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Soweit in den Landgemeinden des Regierungsbezirkes auf Grund eines Ortsstatutes oder einer Oberverordn. die Verpflichtung der Strafreinigung zur polizeimäßigen Reinigung besteht, und die von der Ortspolizeibehörde durch ordentliche Bestimmung bezeichneter öffentlichen Wege, die aber nicht den inneren Verkehr der Gemeinde dienen, jeden Sonnabend und, wenn auf diesen Tag ein Feiertag fällt, am Tage vorher zu reinigen. Die Reinigungspflicht erstreckt sich längs des Grundstücks der Anlieger bis zur Mitte des Fahrdammes einschließlich vorhandener Bürgersteige oder Fußwege.

Der Unrat ist zu entfernen. Er darf nicht in Straßeneinbauten oder in Kanalföhren gelagert oder den Nachbarn ausgehoben werden. Bei trockener Witterung müssen die Wege zur Verhütung der Staubentwicklung vor der Reinigung gehörig mit Wasser besprengt werden.

§ 2. Die Bürgersteige sowie die längs der bebauten und unbebauten Grundstücke führenden Fußgängerwege müssen im Winter von Schnee gereinigt und bei Schnee oder Eisglätte mit abtupfenden Mitteln (Sand, Asche, Sägemehl und dergleichen) befreit sein.

Während des Frostwinters sind die Straßeneinbauten stets frei von Schnee und Eis zu halten. Das Reinigen der Bürgersteige mittels Wasser während der Frostzeit ist verboten.

§ 3. Nach strengen Anordnungen und bei plötzlichen Anläufen des Schnees, sowie bei abgehenden Frostwetter müssen die Straßeneinbauten, Gassen und sonstigen Abflüsse ungehindert und so gereinigt werden, daß das Wasser ungehindert Abzug hat.

§ 4. Es ist verboten, Säure und andere unreine Flüssigkeiten aus den Gefäßen auf die Dorfstraßen laufen zu lassen oder auszugießen, sowie Urat, Erdben, Asche, Schutt, Kisten- und sonstige Abfälle auf die Dorfstraßen zu werfen.

§ 5. Ein zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteter, für den gemäß § 6 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 ein anderer der Ortspolizeibehörde gegenüber mit ihrem Einverständnis die Ausführung der Reinigung übernommen hat, bleibt straflos, wenn dieser seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

§ 6. Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sämtliche Orts- und Kreispolizeiverordnungen, die den gleichen Gegenstand betreffen, werden hiermit aufgehoben.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden, falls nicht nach anderen Gesetzen und Verordnungen höhere Strafen verhängt sind, gemäß § 306 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 RM, im Unvermeidlichen mit verhältnismäßiger Haft bestraft.
Merseburg, den 4. Oktober 1930.

Der Regierungspräsident.

Beröffentlich.

Die Kreispolizeiverordnung über die Reinigung öffentlicher Wege im Kreise Torgau vom 31. Mai 1927 und 3. Oktober 1928 ist hierdurch aufgehoben worden.

Torgau, den 21. November 1930.

Der Landrat. S. V. Maltz, Kreisinspektor.

Veröffentlich. Annaburg, den 2. Dezember 1930.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Ich habe Bekanntmachung, darauf hinzuweisen, daß nach § 6 der Tier- und Viehpfanzengesetzgebung vom 16. Dez. 1929 verboten ist, Hunde und Katzen außerhalb der öffentlichen Wege unbeaufsichtigt unüberlassen zu lassen. Unbeaufsichtigt gilt ein Hund, wenn er ohne Begleitung oder von seinem Führer möglich entfernt ist, daß eine Einwirkung auf ihn nicht mehr möglich ist. Eine Katze ist unbeaufsichtigt, wenn sie mehr als 300 Meter von dem nächsten bewohnten Hause entfernt ist. Für die Durchführung der Vorschriften im Abs. 1 ist der Tierhalter oder, wenn eine andere strafmündige Person die Aufsicht über das Tier übernommen hat, diese verantwortlich.

Der zur Ausübung der Jagd Berechtigte und seine Beauftragten sind befugt, unbeaufsichtigt unüberlaufende Hunde und Katzen zu töten. Dieses Recht besteht nicht gegenüber Hirtenhunden, Jagdhunden, Winden und Polizeihunden, solange diese zu ihrem bestimmungsmäßigen Dienste von den Berechtigten verwendet werden oder aus Anlaß der Ausübung des Dienstes sich vorübergehend der Aufsicht und Einwirkung ihres Besitzers entzogen haben.

Nach § 12 der genannten Ordnung wird bestraft, wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, nach § 29 und § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 RM, oder mit Haft, soweit nicht höhere Strafbestimmungen anzunehmen sind. Die Vorschriften über das Eingehen von Gegenständen bleiben unberührt.

Annaburg, den 1. Dezember 1930.

Der Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Das Abfahren von Sand aus der Hofbreite, hierseits ist verboten. Zuwiderhandlungen werden unanständig bestraft.

Annaburg, den 1. Dezember 1930.

Der Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Das Abfahren von Schluff und Mäde in der Hofbreite ist verboten. Zuwiderhandlungen werden unanständig bestraft.

Annaburg, den 1. Dezember 1930.

Der Amtsvorsteher.

Locales und Provinzielles.

Annaburg, 1. Dezember. Öffentliche Sitzung des Gemeinde-Vorstandes und der Gemeinde-Berater. Am Freitag, den 28. November, abends 19 Uhr, fand im großen Sitzungssaale des Rathauses eine öffentliche Sitzung des Gemeinde-Vorstandes und der Gemeinde-Berater statt. Etwa 19.15 Uhr eröffnete der Gemeinde-Vorsteher Henze die Sitzung unter gleichzeitiger Feststellung der Beisitzfähigkeit. Sofort nach der Eröffnung meldete sich der Führer der K.P.D.-Fraktion zum Wort und stellte den Antrag, den Einlaß auf Parteien aufzuheben, damit angeblich allen Steuerzahlern die Möglichkeiten der Teilnahme an der Sitzung gegeben sei. Des Weiteren verlangte Antragsteller die Zurückziehung der Polizei und Landjägerbeamten. Nach kurzer Aussprache, in der auch ein Vertreter der S.P.D. das Wort nahm, erklärte der Vorsitzende, daß er die Verantwortung für Ruhe und Ordnung trage und den gestellten Antrag nicht zur Abstimmung stelle. Hierauf konnte in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten werden. Zunächst nahm die Versammlung Kenntnis von verschiedenen Revisionsprotokollen. Dann wurde von der Versammlung die Einleitung eines Schiedsgerichts genehmigt, das auf Grund des § 10 des Vertrages mit dem Stahl- und Stahlwerk notwendig geworden ist, um eine Herabsetzung der Gas- und Strompreise zu erreichen. Genuell ist die dazu nötigen Kosten bewilligt. Die nun folgende Vergütung der Arbeiten zu den Neubauten wurde nach den Vorschlägen der Bauforschung und des Vorstandes geregelt. Danach teilen sich die Gläubiger der Firmen W. Runge (3 Häuser) und B. Bornmann (2 Häuser). Mit der Ausführung der Tischlerarbeiten werden die Tischlermeister Härtel (2 Häuser) und Günther, Winkler und Tüsch mit je ein Haus beauftragt. Die Vergütung der Installationsarbeiten wird der Bauforschung und dem Vorstand überlassen, da noch einige Klärungen notwendig sind. Die Schlosserarbeiten liegen in den Händen der Schlossermeister Kühlich (3 Häuser) und Alfz und Dietsch mit je einem Haus. Bei der Verletzung der Schmiedearbeiten konnten die Meister Genzke mit 2 Häusern und Graf, Wille und Walter mit je ein Vierfamilienhaus beauftragt werden. Falls eine der beauftragten Firmen nicht in den billigen Rahmen eintrifft, wird die Bauforschung und der Vorstand diese Arbeiten anderweitig. Der Punkt 4 der Tagesordnung, die Genehmigung eines Vertrages betreffend Aufstellung von Anschlagssäulen, fand unter der Bedingung Annahme, daß die geforderten Lärtsche für die Benutzung der Säulen nicht zu hoch seien. Nach Klärung dieser Angelegenheit kann Vertrag abgeschlossen werden. Nun folgte die Beratung der K.P.D.-Anträge, die Uebnahme der Rollen für Kranenfahrzeuge, Atteste und Arztbesuche für Erwerbslose, Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung für Unterhaltungsempfänger und Ausgewerkte, sowie Bewilligungen einmaliger Unterhaltungs- und Festigung der Unterhaltungsgefäße für Unterhaltungs-empfänger und deren Familienmitglieder betreffen. Die teilweise unbefriedigbaren und geführgen Anträge wurden in der vorliegenden Form abgelehnt. Dagegen wurden die vom Wohlfahrtsausschuß einstimmig gemachten Vorschläge gegen die Stimmen der K.P.D.-Fraktion angenommen und der Wohlfahrtskommission zur Bearbeitung überwiesen. — Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung. Wie gemeldet in der letzten Zeit suchte auch diesmal die Erwerbslosen, soweit sie der K.P.D. angehören, durch einen kurz vor der Sitzung stattfindenden Demonstrationzug die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die von ihnen geforderte Teilnahme an der Sitzung, auch ohne Einladungen, wurde vom Vorsitzenden abgelehnt. Die Sitzung selbst verlief ruhig. Da der geplante Demonstrationzug schon am Nachmittag bekannt war, konnte durch rechtzeitiges Herbeiführen einer Polizeiverstärkung der ungewünschte Verlauf der Sitzung verhindert werden.

Annaburg, 30. Nov. Am Sonnabend, den 29. November, feierte der Männer-Gesangverein Annaburg im „Goldenen Ring“ eine Sängerfestes, zahlreiche Gäste waren der Einladung gefolgt, um mit den Mitgliedern des Vereins einige frohe Stunden zu verleben. Ein abwechslungsreiches Programm, bestehend aus Gesangs- und Theaterstücken, unterhielt alle Anwesenden auf beste. In humorvoller Weise wurde durch einen Ansjager die Vortagsfolge bekanntgegeben. Zwischenbrot kam auch die zahlreich anwesende Jugend auf ihre Kosten, um nach den Klängen einer echten Ritzemusik (Blasorchester der Röhrl'schen Kapelle) die alte und neue Länge brachte, das Tanzbein schwingen zu können. Alles in allem war es ein recht gelungener Abend, der die Stunden im Fluge vorbeiziehen ließ und für viele viel zu früh das Ende brachte. Wie wir hören, bereitet der Gesangverein ein Konzert vor, das voraussichtlich im Januar nächsten Jahres stattfinden wird.

Schönwalden, 29. November. Ein frecher Diebstahl wurde in der Nacht zu gestern im benachbarten Bärwalde ausgeführt. Diebe erbeuteten auf dem Gehweg einen Schweinefoll und fünf 2 Schweine im Gewicht von 2 und 3 Zentnern. Die Tiere wurden nach den vorhandenen Spuren bis zu einem Waldstück vor dem Dorfe getrieben und dort in ein Auto verladen. Von den Dieben fehlte bisher jede Spur.

Halle. Der Streik des Sozialrates beschloß einmütig, die preussische Regierung zu eruchen, daß sie bei der Kreisregierung vorstellig wird, die Zahlung des Youngplans binden zu lassen und einzustellen.

Jungmädchenverein. Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr im Jugendheim.

Wart-Kalender.

8. Debr.: Ferkel- und Schweine in Bergberg.
4. Debr.: Ferkel in Torgau; Kramm in Bergberg.
6. Debr.: Schweine in Goldorf; Kramm in Golda.

Aufklärung

über das Verhalten der

S.P.D.-Fraktion

bei der letzten Gemeindevertretung wird in der am Mittwoch abends 8 Uhr bei Hoppe (kleiner Saal) stattfindenden

Versammlung

gegeben. Unsere Anhänger und Wähler sind dazu eingeladen. Sozialdemokr. Partei Ortsgr. Annaburg

Denken Sie schon jetzt an Ihre
Weihnachtseinkäufe

Sie kaufen gut und billig bei
Carl Quehl



Weihnachts-Geschente

als Kaffee-, Tee- und Speise-Service
Tafel-Aufsätze, Vasen, Wokka-Tassen
Küchen- und Wasch-Garnituren

Rosenthal-Porzellan
Echt Bleikristall

Anfertigung von Hochzeits- u. Gelegenheits-Geschenten, sowie Restauration- u. Hotel-Geschirre in sauberster Ausführung preiswert

Nur Qualitätsware!

Rich. Hilpert, Porzellan-Malerei, Annaburg

Konkurrenzloses Weihnachts-Angebot!

Fahrräder für Herren v. 48.- an
für Damen v. 55.- an
für Kinder v. 50.- an
Renntaschinen v. 100.- an
(Auf Fahrräder 1-8 Jahre Garantie)

Nähmaschinen (Gait & New)
Schwingtischl. 150.-
" verstellbar 180.-

Sprechmaschinen
Doppelfedergrammophon
von 39.- an
Schrankapparate von 89.- an
Schalplatten in allen Preislagen

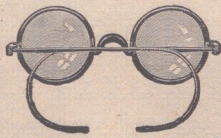
Electro-Winter für Autos Paar 23.-
Weinmaschinen 10.-
Electriche Christbaumbeleuchtungen in
prima Ausführung 10,50
Electr. Christbaumbeleuchtungen 7.-
Lampfenlampen 75 an
Lampfenlampen
jeder Ausführung von -40 an
Lampfenlampenhalter stets reich
Akkenbatterien, 90 Volt 9.-
120 Volt 10,50

Annaburger Fahrrad-Zentrale
Zuh.: Martha Stein

Zum Weihnachtsfest!
ff. Weizenmehl Pfd. 16 u. 22 Pf.
feine Auszugsmehle Pfd. 24 u. 26 Pf.
Franz Förster, Mühle.

Feinsten deutschen
Bienenhonig
(loose), Pfund nur 1,50 M.
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Donnerstag empfehle
frische Seefische
in stammer Eispackung
J. G. Fritzsche.



Moderne Augengläser

in verschiedenen Ausführungen
— sorgfältige Anpassung! —
Barometer, Fenster-, Zimmer-, Bade-,
Fieber-, Maximum- u. Minimum-Thermometer,
Sonnen-, Schutzbrillen.
— Reichhaltige Auswahl! —

Albrecht Panick
Uhrmachermeister.

Kalender für das Jahr 1931

Torgauer Kalender
Bergmanns Haus- und Familien-Kalender
Sorauer Kalender
Paynes illust. Kalender
Wachenhusens Kalender
Köhlers Deutscher Kalender
Köhlers Flotten-Kalender
sind vorrätig

Herm. Steinbeiß
Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung

Gallo Feinschmecker!

Stadtgespräch-Qualitäten

rauchen Sie nur

ruft Ihnen mein Bon zu! Er gibt Ihnen
damit den richtigen Tipp denn Zigarren
so feinen, blumigen Geschmacks sind
seltene Angebote.
Der Raucher pikanter Qualitäten wählt
Stadtgespräch zur Hausmarke und
bevorzugt nur das

Beachten Sie mein
Schaufenster!

Zachgeschäft **Louis Hofmann**

Handwagen

in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Erfakzteile und Räder stets vorrätig.
Solide Preise!

Zentrifugen :: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Erfakzteile.

Reparaturen aller Art.
Wilhelm Grahl.

Weihnachts-Angebot!

Gebe vom 1. - 24. Dezember **10% Rabatt**
(außer Markenware)

Kessel, 80 cm breit 40 u. 50 Pf.
Hendentuch von 40 Pf. an
Linon, 80 cm breit 70 Pf.
Linon, 150 cm breit 1,10 M.
Stangenleinen, 80 cm breit 90 Pf.
Stangenleinen, 130 cmbr. 1,35 M.
Barchend, weiß von 65 an
Barchend, gestreift, Cöper von 65 an
Barchend, gestreift, Flanel von 80 an
sowie: **Strümpfe, Tricotagen** und
fertige Konfektion billigst.

Klöppelspize von 5 Pf. an
Oswin Hofmann

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

Gämtl. Gewürze zum Schlachten
werden bei uns gemahlen!

Weiß. Pfeffer	1/4 Pfd.	50 Pf.
Schw. Pfeffer	1/4 Pfd.	45 Pf.
Piment	1/4 Pfd.	38 Pf.
Majoran	1/4 Pfd.	28 Pf.
Kümmel	1/4 Pfd.	13 Pf.
Senfkörner	Pfund	38 Pf.
Zwiebeln	Pfund	6 Pf.
Salz, lose	Pfund	6 Pf.

Hamburger Kaffeelager
Bernhard Niemann
Thams & Garfs
Niederlage Annaburg

Das geschäftlich geistigste Universal-Geschäftsbuch

ist kinderleicht zu führen, einfach, praktisch, übersichtlich, erprobt, sorgfältig und verwehrt mit dem Finanzamt, ist amtlich empfohlen und ergibt ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den Behörden.

Bearbeitet von Ober- und Geheimen Regierungsrat
Eingelmann, Verlag Alfred Köhl, Seltin.
Jeder selbständige Handwerker, Geschäftsmann
und sonstige Gewerbetreibende sollten dieses
Universal-Konto-Buch für seine Ein-
nahmen und Ausgaben führen. Wir halten
dieses Buch stets am Lager.

Hermann Steinbeiß, Buchdruckerei.

Bürger-Schützen-Vereine

Donnerstag, d. 4. Dez.,
abends 8 1/2 Uhr:

Monatsversammlung
bei Kam. Fensch (Wald-
schloßchen)

Der Vorstand.

Donnerstag, d. 4. Dez.,
abends 8 Uhr in Stadt
Berlin, Fahrdreiges Ge-
schichten erwünscht. Wichtige
Besprechung.

Kapitalsuchende

für Hypothek, Baugeld, Dar-
lehn usw. wenden sich an
**Kessler, Wittenberg (Sta-
dthalle), Hotel Goldner Adler,**
persönlich, nur anwesend Frei-
tag, den 5. Dezbr., von 9 bis
11 Uhr. Keine Vermittlung.

Sprechapparat

mit Lautsprecher und
1 Kinderwagen
zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle d. V.

Bestellungen auf

Britetts
nimmt ständig entgegen
J. Kählig's Nachf.
Zuh.: Martha Müller
Mühlentstr. 40

Bestellungen auf

Britetts
nimmt entgegen.
Otto Scheibe.

Spiellkarten

empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Einen größeren Posten
eichene Koppelpfähle
gibt preiswert ab
Wilh. Kunze,
Annaburg.

Bestellungen auf
Britetts und
Grudekofs
nimmt ständig entgegen

J. Kählig's Nachf.
Zuh.: Martha Müller
Mühlentstr. 40

Schrankpapier,
genauwert, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Zum Schlachten:

Gewürze täglich frisch gemahlen!
Pfeffer weiß 1/4 Pfd. 55 Pf.
Pfeffer schwarz 1/4 Pfd. 50 Pf.
Piment 1/4 Pfd. 40 Pf.
Majoran 1/4 Pfd. 30 Pf.
Kümmel 1/4 Pfd. 15 Pf.
Senfkörner 1 Pfd. 40 Pf.
Zwiebeln la 2 Pfd. 15 Pf.
Siedesalz 2 Pfd. 15 Pf.
sowie **Salpeter** und **Wurstgarn.**
Außerdem geben wir 5 Proz. Rabatt.
J. G. Fritzsche.

Nah und Fern

Das Wrack der „Tanja“ gefunden. Das Wrack des schwedischen Dampfers „Tanja“, der dem Sturm, der vom 10. bis 12. November in der Ostsee herrschte, zum Opfer gefallen ist, ist jetzt bei Stolpmünde entdekt worden.

Der Anschlag auf den D-Tag Berlin-Stoholm aufgefährt. Zu dem Anschlag auf den D-Tag Berlin-Stoholm wird gemeldet, daß bei Angermünde verhaftete Arbeiter Ernst Ludwig aus Berlin nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen als verdächtigster Täter in Frage kommt.

Drei Arbeiter im Kohlenbergwert Hausdam verunglückt. In dem oberberghischen Kohlenbergwert Hausdam hat sich ein schweres Unglück ereignet. Wie das hiesige Tagesblatt berichtet, sind drei Arbeiter in einem Abraum durch Feuergefahr, die plötzlich in größerer Menge auftrat, erstickt.

Tragischer Tod eines lippschen Landvolkführers. Der Lippschlandwirt Schall aus Wüsten in Lippe, Führer der Landvolk- und Bauernpartei in Lippe, ist einem tragischen Unglück zum Opfer gefallen.

Ein Musiker nimmt im Kongresshaus Gift. In Salznitz ereignete sich während einer Konzertpause ein aufsehener Vorfall. Ein Musiker sprang plötzlich auf das Podium und trank vor dem Publikum aus einer Flasche Gift.

Eisenbahnunglück auf einer neuen polnischen Strecke. Auf der neuerbauten Strecke Gdingen-Bromberg hat sich bei Großgatz ein „Horror“-Eisenbahnunglück ereignet. Zwölf Waggons mit oberirdischer Stroh entgleisten.

Amerikaner des „Do“ im Januar? Das „Blitzlicht“ „Do“ will, wenn das Wetter günstiger ist, von Afrika nach Gambia fliegen. Dort soll das Schiff vierzehn Tage bleiben, um seine Maschinen zu überholen.

Bunte Tageschronik

Galle a. d. S. In einer Kirche in Ammerborn wurden 86 Angehörige lutherischer Verbände, hauptsächlich Mitglieder des Vereins Deutscher Studenten, von der Polizei bei Messuren überfallen und festgehalten.

Bermischte Nachrichten.

Polizeimaßnahmen in Leipzig. Leipziger Verleumdungsstrawalle, die sich in der letzten Zeit in Leipziger Straßen um einige Zeitungsverkäufer herum abgespielt haben, veranlassen den Polizeipräsidenten, das entsprechende Verbot von Zeitungen und Flugblättern im Straßenhandel für bestimmte Zeitabschnitte von einer besonderen Genehmigung abhängig zu machen.

Die Götter der Julia Lindholm.

62. Fortsetzung. „Gibt die Mama sich wieder schwach? Die junge Frau war im Sprung die Stufen heruntergelaufen und beugte sich über die Gelände. „Ach, keine Arme um meinen Hals, Mama, du weißt doch, wie stark ich bin, verlaßte sie sich auf ihren.“

Die Winterbeihilfe im Reich abgelehnt. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde erneut über den kommunizistischen Antrag verhandelt, der eine Winterbeihilfe für die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner verlangt.

Im ewigen Eise.



Originalaufnahmen von Andrés Todesweg, deren Negative vor wenigen Monaten bei der Entdeckung des letzten Sagers der berühmlichen Polarregion aufgefunden wurden und - 33 Jahre nach ihrer Aufnahme - jetzt entwickelt werden konnten.

Der verhungerte Hungerkünstler.

Glücksmann-Ventego begehrt Selbstmord. So tragisch es ist - es klingt ein bißchen grotesk: ein erprobter Hungerkünstler, der wohlwollend freiwillig und öffentlich, in dem oblitgen Hungerkünstlergaststätten sitzend, gehungert hat, begehrt Selbstmord, weil er nichts zu essen hat.

Ich auch in einen Berliner Glasfassen und hätte „Jolly“, der nur 48 Tage oder so gefastet hätte, bestimmt überlebt, wenn er nicht ... ja, wenn er nicht dauernd mit der Staatsanwaltschaft zu tun gehabt hätte, obwohl ihm ein lebensfähiger Staatsanwalt, A. D., der wie er selbst im bürgerlichen Leben gefastet hat, als Zeuge und Vertreter zur Seite stand.

Glücksmann-Ventego kamme aus arbeitsloser Familie und soll ein sehr begabter Mensch gewesen sein, der erst früh und dann immer wieder auf die schiefle Ebene und fand nicht mehr zurück in einen ordentlichen bürgerlichen Beruf.

Welt und Wissen

Vom Solenolternstisch zum Warenhaus. Die erste Berliner Warenburg, das sogenannte Lagerhaus in der Klosterstraße zu Berlin, soll abgerissen werden, um dem Erweiterungsbau eines Warenhauses Platz zu machen.

Dezember.

„In Vereinfachtheit sein ist alles“ - das möchte als Motto über dem Dezember stehen, denn er ist der Monat, in dem wir alle auf etwas warten, es braucht gar nicht erst gesagt zu werden, auf was.

Seine Wangen standen noch immer rot und die Wäpfe, welche die schwere Kränzel zurückgelassen hatte, machte sein Gesicht schmal und durchgeglüht.

Christoph und ich - wir haben mancherlei das unsere getan, daß ihr das Leben nicht so leicht wurde, bekannte er neuerdell. Die Schuld, die sie an sich selbst aufzählt, ist alle hundertfach gefüllt. - Und - er neigte sich ihr flüsternd zu - „ich glaube, daß trotzdem alles vergeblich ist: Alle Diebel Alles Umforgen Aller Trost! - Sie stirbt an meinem jüngsten Weiber.“

Die Finger des Alten zitterten ihm entgegen: „Serr Christoph - ich habe von Ahera gehört - daß sich in dieser Stunde alles entscheiden soll. Es hat mir keine Ruhe mehr gelassen, die Angst um Sie hat mich hierhergetrieben. Ich will hier auf der Straße warten, bis Ihre Unterredung mit dem Amerikaner vorüber ist.“

„Gute, treue Seele.“ sagte Christoph und hielt die schlaffen Hände seines Kammerdieners fest.

Wahnsinn stand schon am Treppenaufgang und nahm den Chef der Firma Lindholm in Empfang, sah mit einem freudlichen Nicken zu Friedrich hinüber, der sich in den Hintergrund drängte und schritt dann mit Christoph die treppeliche Treppe hinauf.

Ein Diebesspiegel warf sein Bild so scharf zurück, daß er erschrocken einen Schritt auf Seite machte.

Ein Geräusch hinter ihm ließ ihn eine Wendung machen, Ganz von der Helle der beiden großen Fenster beleuchtet, sah er ein Gesicht vor sich, aus dem zwei dunkle, blaue Augen seine Gestalt von oben bis unten streiften.

Und immer noch studierte diese Augen über ihm hin, entblöhten ihn feiner ganz äußerer Hülle und wagen nicht im Schauen, bis Christoph das Gesicht hatte, daß er ganz, ganz nackt vor diesem Manne stand, der noch nicht einmal den Mund zu einer Frage an ihn aufgetan hatte ...

(Fortsetzung folgt.)

Haus- und Landwirtschaftliches.

Winterfütterung der Ziegen.

Eine gute Fütterung der Ziegen im Winter kann nicht fehlerlos erfolgen. Je nach dem Nahrungszustand wird in der Fütterung eine Änderung einzutreten haben. Sind die Tiere leer oder nur im ersten Trächtigkeitstadium, so kann mit einer größeren Menge Krautfutter gefüttert werden, ist die Trächtigkeit mehr voranschritten, so erhöht man die Krautfutterration durch eine vergrößerte Kraftfutterbeigabe.

Das Grundfutter für die Winterfütterung bildet das Heu und Emd. Am liebsten ist den Ziegen kurzes, blättriges, reiches Dörrfutter, das aber gut gedörrt sein muß und nicht etwa schimmelig sein darf. Gutes und blättriges Dörrfutter geht dem groben und harthäutigen Futter des Flachlandes bedeutend vor. Auch Stroh, das namentlich in den Berggebieten noch gesammelt wird, bietet für die Ziegenfütterung eine wertvolle Abwechslung. Die verschiedensten Stroharten eignen sich weniger für die Ziegenfütterung, wenn einzelne Arten, besonders das Saferstroh, beim Heben von Heu und Emd auch zur Not noch als Ziegenfutter herangezogen werden kann.

Aber das Quantum des notwendigen Krautfutters wollen wir bestimmte Angaben nicht machen. Das hängt sehr von der Größe der Ziege und wie bereits erwähnt, vom Nahrungszustand oder Trächtigkeitstadium ab. Durchschnittlich wird man aber mit einer täglichen Dörrfütterung von drei bis fünf Pfund rechnen müssen. Dabei kommt es wieder darauf an, ob und wieviel Krautfutter gereicht wird. Wenn gar kein Krautfutter gereicht wird, so sind die erwähnten Dörrfütterungen zu klein und es müssen wenigstens vier bis sechs Pfund gerechnet werden. Diese Quantität soll aber auch in der Qualität gut sein, nicht daß die Hälfte auf den Boden geworfen wird und die Ziege effektiv nur die Hälfte der ihr zugedachten Ration aufgenommen hat.

Es wird notwendig sein und liegt im Interesse einer guten Futtermittelverwertung, wenn wir darauf halten, daß die Ziege stets eine gute Pressluft hat. Zu diesem Zwecke verdrängen wir von Zeit zu Zeit eine frische Wemut; wenn die Ziege die Aufnahme in geschnittenen Blätterform verweigert, so macht man einen Teedud und davon und schüttet ihr ihr mit einer Kanne ein, sofern man keinen diesem Zweck dienenden Schlauch hat.

Das Vorlegen der Heuration hat selbstverständlich nicht auf einmal zu erfolgen. Man gibt kleine Mengen und läßt der Ziege Zeit, damit fertig zu werden, und erst, wenn diese kleine Menge verzehrt ist, setzt man wieder eine weitere Ration vor.

Bei der Fütterung von Krautfutter halte man darauf, gesunde und nicht verdorrte Ware zu kaufen. Als solche empfehlen wir in erster Linie Hafer gemischt oder ganz.

Die Baumschwämme.

Eine Arbeit, die während der kalten Jahreszeit unbedingt vorgenommen werden muß, ist das Entfernen der Baumschwämme. Die kalte Jahreszeit ist dazu besonders geeignet, weil man an den toten Ästen die Schwämme am schnellsten findet und weil der Baum jetzt nicht im Saft steht und also die bei der Schwammenerntung entstehenden Wunden am wenigsten gefährlich sind. Die Baumschwämme müssen sofort entfernt werden, weil ihr Wuchs, viel größer als der außen sichtbare Schwamm selbst, den Stamm völlig durchwurzelt und allmählich zum Absterben bringt. Nicht selten erlebt man es, daß ein Baum durch den Brand des Windes gerade an der Stelle umgebrochen wird, wo ein Schwamm die Festigkeit festes Stammes gemindert hatte. An unseren Obstbäumen scharmt eine ganze Anzahl von Schwämmen, darunter als häufigster der falsche Feuerschwamm, der wie Zunder aussieht, sich aber nicht wecklosig löst, der feinstäbige Porling, der die bekannten Konjolen bildet, die bis 20 Zentimeter breit werden und die man gelegentlich als Zimmerstachel verwendet, dann der durch seine Farbe sehr auffällige Schwefelgelbe Porling. Alle diese Pilze sind nicht auf die Obstbäume beschränkt, sondern sie befallen die

Wald- und Alleebäume, Eichen, Föhnen, Weiden, Buchen, Ulmen, Eichen, Ahorn, Erle, Farnen und Tannen. Ihre Keime sind also überall vorhanden. Sie können aber nur eindringen, wenn an einem Baume eine offene Wunde vorhanden ist. Namentlich gern dringen sie an den Stellen ein, wo man Äste abgeägt hat. Solche Stellen muß man



daher stets sofort mit flüssig verdünntem Obstbaumtrockenmittel, mit Formalin, Baumtrockenmittel oder Formalinlösung versehen.

Die Entfernung der Pilze geschieht mit einem scharfen Messer oder, wo sie verholzt sind, mit einem scharfen Meißel und Hammer, wie unsere Abbildung es zeigt. Auch hier wird die Wunde sofort zugedrückt. Nach einiger Zeit prüft man, ob etwa noch Teile des Pilzes nachgetrieben sind, und entfernt diese dann aufs neue, überflüssig aber auch, wenn kein Nachwuchs mehr erscheint, vorsichtshalber die Wunde noch einmal luftdicht mit einem der angegebenen Mittel. Die abgelösten Pilze werden verbrannt.

Abhängigkeit der Kunstdünger- ausnutzung vom Bodenzustand.

Obwohl die künstlichen Düngemittel um etwa 15 Prozent unter den Vorkriegspreisen liegen im Gegensatz zu den meisten anderen Nahrungsmitteln, sind sie auch heute noch nach den Löhnen das teuerste Betriebsmittel. Der gesamte Wirtschaftserfolg muß daher davon abhängen, ob es gelingt, ihre höchste Ausnutzung zu erreichen. Die erste Vorbedingung hierzu ist eine geregelte Wasserhaltung durch Schaffung guter Entwässerungsanlagen und Herstellung des richtigen Grundwasserstandes, damit der Boden gut durchlüftet wird, sich im Frühjahr schnell erwärmt und rechtzeitig bearbeitet werden kann. Obwohl auf zu feuchten als zu trockenen Böden ist die Ausnutzung der Kunstdünger unvollkommen. Ein zweites ebenso wichtiges Erfordernis besteht in der Herrichtung eines gesunden Bodens. Durch starke Anpflanzung von Schädlingen und schädlichen Stoffwechselorganismen werden die Böden oft verfestigt, so daß ausreichende Ernten trotz künstlicher Düngung nicht mehr zu erzielen sind. Eine Beseitigung dieses unglücklichen Bodenzustandes kann nur durch ständigen Fruchtwechsel und ausreichende Kalkung erreicht werden. Auch die weicherbreitete Boden säure hat oft ein völliges Verlegen der Kunstdünger oder doch eine schlechte Ausnutzung zur Folge. Abhilfe kann auch hier nur eine dem Grad der Veräuerung entsprechende Kalkung schaffen. Die häufig geäußerte Meinung, daß durch ausschließliche Verwendung physiologisch-alkalischer Dünger die Kalkung vermieden werden könnte, ist falsch und

wird von Professor Nolle als ein Irrtum bezeichnet, der nicht deutlich genug zurückgewiesen werden kann, weil eben der Kalk ein unentbehrliches Nährstoff ist, der durch andere Nährstoffe nicht ersetzt werden kann. Man übersieht dabei weiter, daß die physiologisch-alkalischen Stoffe und Natriumchlorid die Stickstoffmenge um 20 bis 30 Prozent teurer sind als die Einheit im physiologisch-laurischen Ammoniumsalz und daß letztere Stickstoffbindung nach den Untersuchungen von K. Wohlsten bei den vorliegenden auf leichten Böden gebauenen Kulturpflanzen meist leichter als der Salzwasser. Es besteht hiermit kein Zweifel, daß es unbedingt notwendig ist, bei Kalkmangel den Boden zunächst durch ausreichende Kalkung zu gesunden. Dieser Standpunkt wird mit aller Deutlichkeit auch in Heft 3 der Flugblätter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vertreten. Es heißt hier: „Dünger mit kalkhaltigen Nebenbestandteilen in ansehnlichem hohen Gaben auszubringen zu dem Zwecke, die Kalkbindung zu erparieren, ist stets teurer und ungewinnlicher als Kalkung mit den eigentlichen Kunstdüngern.“ Auf gelunden Böden ist die Auswahl der Düngemittel groß. Sie können den Nährstoffen der Pflanzen entsprechend angepaßt werden und jedes Düngemittel kann seine höchste Ausnutzung erfahren.

Maß von Färsen.

Das Grundfutter in Form von Kartoffeln wird den Färsen am besten in Form von gedämpften Kartoffeln verabreicht. Eine Ration von 15 bis 20 Kilogramm ist ausreichend. Das Kraftfutter besteht vornehmlich aus einem Gemisch von 30 Teilen Sojabohnenschrot, 20 Teilen Baumwollsaatmehl, 30 Teilen Roggenkleie, 18 Teilen Gemengeschrot in Form von Gerste, Hafer, Weizen und zwei Teilen Schlämmtreibe. Unter Umständen läßt sich der Anteil an Sojabohnenschrot, der in erster Linie wegen der notwendigen Zufuhr von Eiweiß verabreicht wird, bis zu 40 noch um wachsende Tiere herab, durch Fischmehl ersetzen. Man füttere den Tieren dann je Stroh und Teig 200 Gramm Fischmehl verabreichen und bei dieser Art der Mast ein sonstiges Kraftfütterungsmittel von 20 Teilen Baumwollsaatmehl, 40 Teilen Roggenkleie sowie dem Rest von Gemengeschrot geben, selbstverständlich wieder ebenfalls unter der Beigabe von zwei Teilen Schlämmtreibe. An Menge ist den Tieren bei Vorhandensein von reichlichem Heu täglich vier bis fünf Pfund Kraftfutter zu geben, wenn verlässlich ist, daß die Tiere möglichst früh schlachtreif sein sollen. Zu viel nicht in genügender Menge vorhanden oder nicht nur Stroh zur Verfügung, so ist eine tägliche Kraftfütterung von sechs bis sieben Pfund notwendig. Hinzugefügt sei noch, daß bei Vorhandensein von gut gewonnenem, d. h. sehr eiweißreichem Heu, das Kraftfutter etwas weniger eiweißreich zusammengesetzt werden könnte.

Des Landwirts Merkmal.

Erfreuliche Notiz. Zur Umwandlung von Wald in Weide oder Ackerland ist es erforderlich, daß die Baumriebe aus dem Boden entfernt werden. Das ist aber sehr schwierig und muß unter großen Kostenaufwand und hartem Straßentrang mittels Winde, Wäldchen oder Hebebaum, nachdem die Stämme abgearbeitet sind, abgebaut werden. In der Praxis ist die Sprengung in vornehmlich bei kleinen Parzellen unzulässig und teuer. Die Ausschaffung von Bodenmassen lohnt sich erst nicht für Bodenarbeiten kleineren Umfanges. In solchen Fällen erreicht man eine billige und bequeme Rodung, wenn man die Stämme nicht erst fällen sondern beim fällenden Baum mittels der die Seitenwurzeln abhaut und die übrige Arbeit der Natur überläßt. Der erste Sturm wird dann zu Hilfe kommen und den Baum umwerfen, wobei der Stock samt den zugehörigen Wurzeln aus dem Boden gehoben wird. Durch einen Zugstift werden jetzt Stroh und Stamm voneinander getrennt und die Stockstübe ist mit dem denbar geringsten Straußenaufwand und auf billige Weise erfolgt. Die nachfolgenden, noch im Boden stehenden Seitenwurzeln können unter Verwendung der Hand leicht entfernt werden. Die so behandelte Fläche wird als Ackerland ungenutzt. Will man sie als Weide oder Weide benutzen, so braucht nur eine Pflanzung des Bodens zu erfolgen, worauf nach Bearbeitung der Bodenarbeit mit der Erde der munde Boden mit Gras einpflanzen und anzuweiden. Eine Düngung im 10-12 Hektar Raum, 100 bis 150 Kilogramm Thomasmehl, 200-250 Kilogramm Stallmist und 30-50 Kilogramm Schwefelsäure Ammonium je Hektar fördert den Grasschnittpflanz.

Die Söhne der Julia Lindholm.

Roman von J. Schneider - Heft I.

„Das Vermögen meiner Frau.“ würgte er heraus, „ist mir verloren, weil sie sowie auch das Kind tot ist. Es fällt laut Ehevertrag an meine Schwiegermutter zurück.“
„Sie hat gleichgültig gelächelt. „Der Gelamterts für Wankenelei verleiht also Ihren Mutter, nicht wahr?“
„Wie hat Knapp das gesagt. Christoph für dabei bis in das Mark der Knochen. — Nun mußte auch das noch gesagt werden: Auswaise entzieht er sich das Geständnis — daß er, um die Firma zu retten, den Besitz der Schwiegermutter verkauft und das Geld für sich verwendet hatte. Daß diese dann einen Prozeß gegen ihn anstrengte, die Schwande, die seinem Namen drohte, und daß die Mutter durch den Verkauf von Wankenelei eben diesen Prozeß niederlagte und die Verbindlichkeiten gegen die Konjunkt Wibus damit einlöste.“
„Das war leichsinzig von Ihnen, mein Freund.“ Es war das erstemal, daß Gwards Stimme Wärme und Teilnahme verriet. „Ich habe selbstverständlich keinerlei Berechtigung, Ihnen irgendwelche Vorwürfe deshalb zu machen. Aber für Ihre Mutter ergibt sich daraus unzweifelhaft eine wenig erquickliche Lage. — Wer sorgt für sie?“
„Ich, Mutter Gward.“
„Haben Sie nicht noch einen Bruder?“
„Er hat mit der Firma nichts zu tun.“ gab Lindholm Auskunft. „Er trägt auch keinerlei Verantwortung an unserem Niedergang. Er hat sich dem Existenzberuf zugewandt.“
„Wahlan ist wenigstens reingewaschen, dachte Christoph und schloß sich etwas freier an.
„Aber zwei Brüder, sagte Gward und erhob sich.
„Drei! — Ich es fahlempere. — Der jüngste ist tot.“ Die Worte fielen so wuchtig schwer in den Raum, daß der Generaldirektor unwillkürlich den Schritt verhielt.
Christoph wollte sich erheben und vermochte die Füße nicht aufzulegen.
„Eine Bitte noch — wenn Sie eine solche gestatten wollen, Mutter Gward.“

„Sprechen Sie.“
„Ich habe einen alten Kammerdiener — er hat schon meinem Vater Dienste getan — wenn Sie für diesen eine Stellung im Hause haben würden! — Es müßte aber eine leichte sein, er ist schon über sechzig und hat außerdem mit Schwächen zu tun. Aber sonst ist er von einer Treue, die ihn für jeden Verleumdungsversuch unverwundbar macht. — Sie würden es nicht bereuen, Mutter Gward.“
„Gut! — Befahren Sie ihn weiterhin als Ihren Kammerdiener. — Auf meine Rechnung natürlich. Ich sehe nämlich vor, daß Sie nichts beggeben haben, wenn ich Sie als Geschäftsvorsitzender der Firma auch für die Zukunft auf Ihrem Posten belasse — unter meiner Oberaufsicht natürlich.“
„Mutter Gward.“
„Eine absehbare Sandbewegung.“
„Nun kann ich drücken nicht entbehren.“ fuhr der Leinwand so sprechen weiter. „Ich selbst reise in vierzehn Tagen mit dem „Polstern“ wieder von hier weg. Mein Sohn hat keine Neigung für Geschäfte, Künstler haben kein Verständnis dafür. Daß Sie mein Vertrauen in Ihre Rechtschaffenheit und Ihren guten Willen nicht zupacken machen werden — bin ich überzeugt. — Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Mutter. Ich werde mich erlauben, die ich mich wieder einfinden, die meine Aufwartung zu machen.“
Christoph mußte sein Aufsehen herausschleusen und sich die Herzen von der Stirne rücken.
„Meine Mutter darf breiten.“
„Sie will vertreiben.“ kam es erlaut.
„Mein Sie will nur Wankenelei für Sie freimachen, Mutter Gward.“
„Gleichgültig.“ Es war das erstemal, daß Lindholm ein Nicken im Gesicht des Generaldirektors aufwies.
„Es ist mir sogar sehr angenehm, wenn Ihre Frau Mutter wohnen bleibt; ich komme vornehmlich alle Jahre nur einmal herüber. Da genügt mir dann ein Zimmer oder zwei, die anderen stehen alle ausschließlich zur Verfügung! Bereuen Sie nicht, ihr das zu sagen.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Stimme des Delmagnoten ist ihn von neuem auf.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erhebt wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 8 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgelegt. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Forganerstr. 3 entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Verrückung bez. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches Publikations-Organ



für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschließlich Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgstraße.

Nr. 144.

Dienstag, den 2. Dezember 1930.

33. Jahrg.

Am Beobachtungsstand.

Entsprangen die Ergebnisse des 14. Septembers wirklich nur einer Volksstimmung? Dann würden mit dem Auf und Ab solcher Stimmungen auch die Ergebnisse späterer Wahlen ebenfalls für die Nationalsozialisten ungünstiger werden müssen. Statt dessen hat diese Partei bei den Gemeindevahlen in Baden und in Mecklenburg noch größere Erfolge erzielt als am 14. September, hat sogar noch Fortschritte gemacht in der Gunst der Wähler. Und diese Linie nach oben zeigt sich auch in mehreren bedeutamen Wahlergebnissen des Sonntags, als der Staat Bremen seine „Bürgerhaft“ neuordnen ließ und in Bielefeld Kommunalwahlen festanzusetzen; dazu kamen die Wahlen zum Reichsverband der Nationalsozialisten in Staat Lübeck. Das Charakteristische bei all den Wahlergebnissen des Sonntags war also wieder ein weiteres Steigen der nationalsozialistischen Stimmen, starke Rückgänge bei den Deutschnationalen und namentlich bei den Mittelparteien, Verluste auch bei den Sozialdemokraten und einige Gewinne der Kommunisten. Außerdem ist besonders bemerkenswert der Sprung nach oben, den die Wandratsmitglieder der Nationalsozialisten in Bremen gemacht hat; ihr Gewinn beträgt 30 Mandate, während sie bisher nur zwei hatten. In der Saupfandwahl hielten sie sich ihre Stimmen aus den Kreisen der bisherigen Anhänger der Volks-, der Wirtschaft-, der Staats- und der Gesundheitsparteien, von den Deutschnationalen und wohl auch von der Sozialdemokratischen Partei her, die zehn Mandate verlor, davon zwei an die Kommunisten. Die Nationalsozialisten haben jetzt fast überall Mandate wie die übrigen nichtsozialdemokratischen Parteien zusammen und bleiben nur um acht Mandate hinter der sozialdemokratischen Fraktionsstärke zurück. Bisher bestand in Bremen die Regierung einer Großen Koalition, die an sich auch jetzt noch die Mehrheit hat, selbst dann, wenn die um 75 Prozent zurückgegangene Wirtschaftspartei nicht mehr mitmacht. Aber auch eine reine Reichsregierung wäre selbst mit Unterstützung der Volkspartei nicht möglich.

Schließlich stimmen auch keine Gründe vor, die geeignet wären, jene Stimmung des 14. Septembers nach einer anderen politischen Richtung hinüberzulenken! Wenn bei dieser Stimmung — damals wirtschaftliche Gründe von zweifellos weitestgehender Bedeutung waren, so ist die Arbeitlosigkeit im letzten Monat beträchtlich gestiegen und mit ihr der allgemeine Pessimismus, nicht auch der Arbeitsabbau immer noch in den Anfängen und hat bisher jedenfalls die an ihn von den Massen getauften Erwartungen nicht erfüllt; er blieb hinter den Wünschen noch weiter zurück. Und außenpolitisch ist das nationale Interesse Deutschlands gleichfalls wieder einigen harten Stößen ausgesetzt worden, ohne daß es gelang, diese wirkungsvoll parieren zu können. Was braucht ja nur die beiden Worte „Arabien“ und „Polen“ auszusprechen!

Vor kurzem hat Dr. Brüning den melancholischen Satz geäußert, daß die Regierung den Mut haben müßte, einige Monate hindurch unpopulär zu sein. Im Reichstag jedenfalls ist sie es zur Genüge und der Grad ihrer dortigen Unpopularität wird natürlich durch die Wahlergebnisse des Sonntags eher noch etwas höher gestiegen sein. Die Proben auf's Geringste werden dort ja nun sehr wichtigen zuerst zu sprechen — die Notverordnungen vom Juli d. J., die ja eingehend beraten wurden, ohne daß es aber zu einer Einigung über die zahlreichen Änderungsanträge kam. Infolgedessen würde es für die einzelnen Anträge auch keine Mehrheit im Reichstag geben. Zu gewissen Änderungen der damaligen Bestimmungen hat sich aber die Reichsregierung selbst entschlossen und sie dürfte die Billigung durch den Reichstag entsprechend neuer Notverordnungen praktisch ausgedrückt haben. Noch vor Zusammentritt des Reichstages erfolgt aber nun auch die Veröffentlichung der dritten, sehr langen Kolonne von Notverordnungen, nämlich der über die Finanz- und Steuerreformgesetze, wie sie der Reichstag beschließen hat — allerdings in der Form mit einigen Ausnahmen. Solange 2 und 3 werden natürlich gleich dem Reichstag zugeführt und es werden schon bei den Nationalsozialisten und den Kommunisten die Anträge vorbereitet, diese Kolonnen von der parlamentarischen Erde zu vertilgen, also die Notverordnungen wieder aufzuheben. Dann dürfte sich das Spiel der letzten Oktoberwoche im Reichstag wiederholen, weil die Sozialdemokraten entschlossen zu sein scheinen, gerade die damals die Angriffe der radikalen Fraktionen auf die Regierung Brüning nicht mitzu-

machen, besonders da ja einigen Abänderungswünschen der Sozialdemokratie hinsichtlich des Aussehens der Kolonne 1, also der Notverordnungen vom Juli, durch Zurückführung der Kolonne 2 Rechnung getragen werden soll.

So ziehen von haben wie würden die Truppen auf das parlamentarische Schlachtfeld und in den nächsten Tagen wird aus dem Haus am Platz der Republik ein wildes Waffengeklirr und ein lautes Kampfgeschrei heraufschallen.

Die neue Notverordnung.

Schluss des Reichskabinetts. Das Reichskabinettsrat hat in einer langen Sitzung, die sich von Sonntag bis Montag früh 4 Uhr hingog, den Beschluss, dem Reichspräsidenten zu empfehlen, die der Finanzgebarung dienenden Gesetze durch Verordnung nach Artikel 48 der Verfassung in Kraft zu setzen. Alle rechtlichen Fragen wurden eingehend geprüft. Reichskanzler Brüning legte das größte Gewicht darauf, daß das Amtierungsrecht ein geschlossenes Ganzes sei, aus dem keine Einzelbestimmung herausgenommen werden könne, ohne nicht das Gesamtwerk zu gefährden. Aus diesem Grunde hat man alle Bestimmungen zum Teil unter Abänderung ihres ursprünglich verfassungsändernden Charakters, in die neuen Notverordnungen mit aufgenommen. Dies dürfte auch von dem sogenannten Sachgesetz gelten.

Über die Fragen des Steuervereinfachungsgesetzes und des Personalanwaltschaftsgesetzes — beides Vorlagen, die in erster Linie die Haushalte der Länder betreffen und der Sache nach verfassungsändernden Charakter tragen — wird der Reichskanzler sofort mit den nach Berlin berufenen Ministerpräsidenten der Länder beraten.

Der Kanzler befragt den Reichspräsidenten.

Unterbreifen befragt sich Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten, um in Ausführung der Kabinettsbeschlüsse von ihm die Unterstützung der Notverordnung zu erbitten. Die Veröffentlichung der neuen Notverordnung, die ein umfangreiches farbändiges Werk darstellt, soll in allerzüriger, nur auf Stunden bemessener Frist erfolgen.

Es wird zwischen dem Aufgehört, die nach drei Jahren während festgelegten am 1. feibet, die

Neu- Mit der Not die sich die Ein- geben. Unter- gefest- Sozial- jonen, die soll sie den- gen des- neuen Notverord- nung in- wesen- würde sich also im Reichstag dann eine Mehrheit für den Willen der Reichsregierung aussprechen, so ginge die Notverordnung, welcher der Reichsrat bereits zugestimmt hat, zunächst an den Sauschaltsausschuss, träte aber unverzüglich in Wirksamkeit.

Anträge auf Wiederaufhebung der zu erlassenden Notverordnungen sind bisher von den Kommunisten und Nationalsozialisten angehängt. Es ist damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten gegen die Anträge stimmen werden.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich hielten bereits mit zahlreichen in Berlin eingetroffenen Länderministern und den wirtschaftlichen Sachverständigen des Reichsrates eine vertrauliche Besprechung über die gesamten Finanzfragen ab.

Dingeldey Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

Dr. Scholz Ehrenvorsitzender. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei beschloß ein neues Organisationsstatut. Der Grundgedanke der neuen Satzung besteht in einer schärferen Zusammenfassung der Kräfte durch Stärkung der Funktionen des Parteivorstandes. Die Stellung des Parteiführers ist besonders herausgehoben, um dem Führergedanken zu entsprechen. Ein Stellvertreter des Parteiführers kann von ihm im Einverständnis mit dem Parteivorstand bestellt werden. Die neue Satzung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Vorschlag des Geheimrats Rast wählte der Zentralvorstand einstimmig ohne Gegenwärtigkeit durch Zuruf den Abgeordneten Reichsamtamt Dingeldey zum ersten Parteivorstand. Dingeldey nahm die Wahl an. Er erklärte, sein erstes Gebot sei dem großen Führer der Partei, Dr. Brüning, in dessen Dienste er arbeiten und kämpfen wolle. Zu besonderen Worten gedachte Dingeldey des zurückgetretenen Parteivorstandes. Dr. Scholz, dem die Partei unverbrüchlich verbunden bleibe und der stets der tapfere Kämpfer Dr. Brüning sein werde.

Der Zentralvorstand ernannte Dr. Scholz zum Ehrenvorsitzenden der Partei und sandte ihm ein herzliches Wort abhaltendes Begrüßungs- und Danktelegramm nach Locarno.

Volkspartei und Regierung Brüning.

Rede des neuen Vorsitzenden Dingeldey. Der neue Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, zeichnete in seiner Rede vor dem Zentralvorstand zunächst ein schwarzes Bild von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und zitierte das Wort eines Parteiführers von der unheilbaren Verletzung des deutschen Vaterlandes durch die kurzfristige Verpfändung an das Ausland. In solcher Lage hänge alles von der Entschlossenheit der Staatsführung ab. Es gebe jetzt gar keinen anderen Weg, als mit Härte und unerbittlicher Entschlossenheit die Reformen durchzuführen, die uns wegführen von dem verhängnisvollen Abweg, den Staat und Wirtschaft im Laufe der Jahre genommen hätten. Die Erkenntnis, daß die Ursachen der augenblicklichen Lage in Deutschland das Überwachen sozialistischer Ideen im Staatsgetriebe und das Eindringen sozialistischer Gedankengänge in weiteste Schichten des Bürgeriums seien, zwingt zu der Schlussfolgerung, daß der Weg der Reformen selbstverständlich nicht führen könne auf die Träger dieser sozialistischen Gedankengänge.

Einerlei ist das Programm der Regierung Brüning noch unvollkommen, aber es ist das einzige klare Aktionsprogramm, das vorliegt und für das sich die Regierungsbürokratie einsetzt. Die Deutsche Volkspartei kann der Regierung aber in diesem Augenblicke nicht deshalb in den Arm fallen, weil die Sozialdemokratie ihr Hilfeleistung gewährt hat. Ein Programm verleiht deshalb nicht die Unterstützungswürdigkeit, weil andere aus irrenden Motiven heraus dieser Regierung ebenfalls ihre Unterstützung leisten.

Aur nationalsozialistischen Bewegung erklärte der Redner, es wäre töricht, dieser Bewegung mit feindlichen Parteimethoden zu Leibe zu gehen. Die Folge solcher Maßnahmen sei eine weitere Förderung der Radikalisierung und die Erziehung zur Staatsfeindschaft. Von größter Gefahr sei aber die Verbindung der sozialistischen Gedankengänge mit dem vaterländischen Geiste. Man frage sich vergeblich, wo bei den Nationalsozialisten — te stark Herausarbeitung staatspolitischer, außerdem der Staatensinn bliebe. Es sei die Aufgabe der Staatsführung und einer Partei wie der Deutschen Volkspartei, die Kräfte, die aus dieser Bewegung staatspolitisch aufbauend eingesetzt werden könnten, heranzuziehen. Die Deutsche Volkspartei lehne es nicht für alle Zeiten ab, Bündnisse nach der einen oder anderen Seite zu schließen; sie wolle aber auch nicht, daß in der Verbindung der nationalsozialistischen Bewegung die Deutsche Volkspartei den verhängnisvollen Weg der Deutschnationalen, gebe, bei denen man nicht mehr wisse, was denn eigentlich die eigene Selbstverpflichtung noch bedeute, jenen Weg, auf dem man sich selbst aufsteige aus Angst darüber, daß die nationalsozialistische Bewegung über einen hinwegzögen könnte.

Zariffähndigung im Einzelhandel. Berlin. Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin, der auch die Kaufhäuser umfasst, hat den Zariff für die Berliner Angestellten zum 31. Dezember wegen Herabsetzung der augenblicklichen Zariffsätze gekündigt. Von der Zariffänderung werden etwa 40.000 Angestellte betroffen.